



Ab heute gilt Fernunterricht: Gestern holten Schülerinnen und Schüler ihre Sachen aus dem Schulhaus Neuallschwil.

Bild: Nicole Nars-Zimmer (Allschwil, 7. Dezember)

Bloss keine Schulschliessungen

Politiker fordern nach den Coronafällen in Allschwil härtere Massnahmen – aber nicht an Schulen.

Zara Zatti und Kelly Spielmann

Am Sonntagabend machte die Meldung die Runde, dass das Schulhaus Neuallschwil per sofort geschlossen ist. Verordnet hat die Massnahme der Kantonsärztliche Dienst, Grund sind die steigenden Fallzahlen – 11 Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrpersonen sind betroffen. Ab heute Dienstag und bis zu den Weihnachtsferien gilt für die rund 420 Schülerinnen und Schüler aus 22 Klassen wieder der Fernunterricht.

Neuallschwil ist kein Einzelfall: Es ist bereits das zweite Baselbieter Schulhaus, das in den Fernunterricht versetzt wurde, wie Bettina Buomberger von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sagt. Dennoch sind Schulschliessungen oder eine Ferienverlängerung, wie sie in 13 deutschen Bundesländern beschlossen wurde, in den beiden Basel für kaum jemanden eine Option.

«Wir müssen die Zahlen dringend runterbringen», meint SP-Landrat Jan Kirchmayr, der selber Lehrer ist. «Die

SP fordert Verschärfungen

In einem offenen Brief fordert die Baselbieter SP die Regierung auf, angesichts der steigenden Coronazahlen zu reagieren. Das Baselbiet sei eines der Corona-Sorgenkinder der Schweiz. «Wir fordern Sie zum Handeln auf – es wäre peinlich, wenn für Sie gehandelt werden müsste», schreibt die SP. Damit übt die Partei Druck auf die Regierung aus, die sich heute Dienstag in ihrer Sitzung über weitere Massnahmen berät. Die Baselbieter Bevölkerung soll ausserdem die Möglichkeit haben, das Anliegen der Sozialdemokraten mit einer Petition zu unterstützen. (zaz)

Schulschliessung ist für mich aber Ultima Ratio.» Denn die Schulen würden nur zum Hotspot, weil es nicht genügend andere Massnahmen gebe (siehe

Kasten). Auch Jürg Wiedemann von der «Starken Schule beider Basel» spricht sich zwar nicht grundsätzlich gegen Schulschliessungen aus, findet aber, dass erst andere Massnahmen ergriffen werden müssen. Eine einfache Massnahme sei, die Maskenpflicht von der Sekundar- auf die Primarschule auszuweiten. Er kritisiert ausserdem, die Baselbieter Regierung hätte bisher wirtschaftliche Interessen über den Schutz der Bevölkerung gestellt: «Baselland muss zuerst mit Basel-Stadt gleichziehen und Restaurants schliessen.» Danach sollten beide Kantone einen Schritt weitergehen; Wiedemann denkt beispielsweise an Zutrittsbegrenzungen in Läden oder gar Schliessungen.

Keine Ferienverlängerung für Schülerinnen und Schüler

Auch die Kantone halten daran fest, den Präsenzunterricht beizubehalten. Denn, auch wenn es vermehrt zu Fällen kommt: Schulen gelten nicht als Infektionsherde. Im Landkanton sind die

Daten nur von 60 Prozent der Fälle verfügbar, aber in diesen liegt die Schule als Infektionsort hinter «unbekannt», Familie, Arbeit und Freizeit in den vergangenen Wochen bei 2,4 bis 3,1 Prozent der Ansteckungen. «Schulen sind keine Infektionsherde», meint auch Anne Tschudin, Sprecherin des Basler Gesundheitsdepartements. Die Infektionszahlen würden zwar steigen, «die Ansteckungsquelle ist jedoch in den allermeisten Fällen ausserhalb der Schule zu finden.» Das bestätigt Simon Thiriet vom Erziehungsdepartement Basel: «Die letzten Wochen haben gezeigt, dass sich Kinder häufiger im Familienumfeld als in der Schule anstecken.»

Die Basler Schülerinnen erhalten demnach auch im Ausnahmejahr 2020 keine längeren Weihnachtsferien. SP-Grossrätin Sasha Mazzotti findet das richtig. Denn: «Weihnachten ist nicht für alle Kinder toll.» Gerade Kindern in einem schwierigen sozialen Umfeld könnten die zusätzlichen Tage fern der Schule zusetzen.